

Koralmtunnel bleibt brisanter Streitpunkt

MG Frauental und die Bürgerinitiative legen Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein.

SUSANNE GNAD
susanne.gnad@sw-woche.at

Die Zeit drängt: Bis Ende März sollen die Erkundungsarbeiten für den Koralmtunnel abgeschlossen sein, um Ende des kommenden Jahres die Arbeiten am Ostportal zu starten. Vehement versuchen sich Anrainer gegen die drohende Lärmbelästigung zu wehren. Dazu ist die Bürgerinitiative „Harterwald Gleinz Zeierling Süd“, geleitet von **Andreas Vondrak**, mit rund 300 Mitgliedern



„Diese Beschwerde ist unsere letzte Chance, etwas im rechtlichen Rahmen zu bewirken.“

Bernd Hermann

seit 1999 am Plan – jetzt hat sie gemeinsam mit der Marktgemeinde Frauental und 19 weiteren Anrainern Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt, nämlich gegen den eisenbahnrechtlichen Bewilligungsbescheid für die Koralmbahn. Ziel ist, den Tunnel um 720 Meter auf steirischer Seite zu verlängern und die Lärmgrenzwerte und Betriebsgeschwindigkeiten herabzusetzen. „Doch dazu wollen wir

nicht auf die Straße gehen. Diese Beschwerde ist für uns die letzte Chance, etwas im Rahmen des Rechtsvollzuges für die rund 250 betroffenen Personen zu bewirken“, ergänzt Bgm. **Bernd Hermann**, der in dieser Angelegenheit auf Unterstützung des neuen Verkehrsministers



Im Deutschlandsberger Leibenfeldist sind die Arbeiten für den Erkundungsstollen bereits eingestellt – zwei Probebohrungen stehen noch an.

RMV

Werner Faymann hofft. Allerdings sieht man von Seiten der ÖBB keine Möglichkeit zur Verlängerung des Tunnels, da alles rechtens sei. „Trotzdem sind wir guter Hoffnung, denn die Anrainer müssen geschützt werden“, ist Hermann überzeugt und stützt sein Wirken auf ein medizinisches Gutachten zur Lärmmessung nach WHO-Richtlinien, wonach die Belastung durch den Zugverkehr ohne entsprechende Lärmschutzmaßnahmen oder eben die Verlängerung des Tunnels massiv gesundheitsschädlich wären.

www.koralmtunnel.at

In dasselbe Horn stößt Vondrak, der das Tunnel-Projekt zwar akzeptiert, dafür aber entsprechende Rahmenbedingungen fordert: „Es kann nicht sein, dass wirtschaftliches Denken über das gesundheitliche gestellt wird. Ich hoffe, dass die ÖBB einlenken und mit uns konstruktive Gespräche führen werden.“